

Herrn
Oberbürgermeister
Hans-Georg Löffler
Marktplatz 1
67433 Neustadt

Neustadt, den 13.10.2015

Resolution: Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen und Spitzabrechnung der kommunalen Kosten der Flüchtlingshilfe

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Stadtratsfraktion bittet im Zuge der Dringlichkeit um Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 15.10. 2015.

Antrag

Der Stadtrat beschließt die Resolution „Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen und Spitzabrechnung der kommunalen Kosten der Flüchtlingshilfe

Begründung

Vor wenigen Tagen haben sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten auf eine weitere finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen geeinigt. Angesichts der prekären finanziellen Situation der meisten Kommunen in Rheinland-Pfalz wäre es eine reine Selbstverständlichkeit, wenn die Landesregierung zusätzlich zu den Landeshilfen in Höhe von 530 € pro Asylbewerber diese Bundesmittel komplett an die Städte und Kreise weiter leiten würde.

Bei durchschnittlichen Kosten von € 1250 pro Asylsuchenden bedeutet dies eine erhebliche Mehrbelastung der Kommunen. Diese finanzielle Belastung ist gleichzeitig verbunden mit einem ungeheuren organisatorischen und personellen Aufwand z.B. für Sprachunterricht, die Einbindung in Kindertagesstätten und Schulen, berufliche Grundqualifikationen sowie Organisation von Praktika und Weiterbildung.

Nach Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden ist klar: Das Land will das Bundesgeld zwar weiter geben, die bisherige Landespauschale aber streichen. Dies bedeutet, dass die Kommunen nur 157 € mehr erhalten. Dies ist für die Kommunen absolut inakzeptabel. Daher fordert die Resolution, den Gesamtbetrag aus Bundesgeld und Landeshilfe komplett vor Ort einzusetzen und den Kommunen die Kosten für die Asylbewerber komplett zu ersetzen.

Mit freundlichen Grüßen
für die CDU-Stadtratsfraktion



Clemens Stahler